



Dr. Malte Kaufmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

WEITBLICK

Magazin von Dr. Malte Kaufmann • Informationen aus dem Bundestag und
aus dem Wahlkreis 274 Heidelberg • Heft 22 Quartal 4/2025



Alternative
für
Deutschland

FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG



VORWORT

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Leser,

die Zeiten werden immer verrückter:

Die Bürger von Schriesheim und Dossenheim stimmen mit knapper Mehrheit für die Abholzung von Wald zur Errichtung von Windindustrie im Schwachwindgebiet, während der Bundeskanzler mit Steuergeld den Regenwald zu retten versucht;

Eine Buchmesse, die offen ist für alle Verlage, wird als rechts-extrem erklärt, weil sie keine Brandmauer zu den „giftigen“ konservativen Medien errichtet;

Ein Bundespräsident spricht an einem der wichtigsten deutschen Feiertage – am 9. November, dem Tag des Mauerfalls – davon, dass die Opposition verboten gehört;

Kanzler und Verteidigungsminister steuern Deutschland immer tiefer in den Konflikt mit Russland und verteufeln jene, die die Gesprächskanäle offen halten;

Kandidaten werden von der politischen Konkurrenz ohne Prozess oder Richterspruch von Wahlen ausgeschlossen;

Ein Außenminister erklärt, dass Syrer, die vor Assad geflohen sind, nach dem Sturz Assads nicht zum Wiederaufbau in ihr Heimatland zurückgeschickt werden können, weil das gegen die Menschenwürde verstoße;

Die deutschen Amtskirchen zählen zu den schlimmsten Spaltern der Gesellschaft anstatt zur Versöhnung und zum Dialog aufzurufen;

Die Wirtschaft des Landes rutscht immer tiefer in die Krise, die Staatsquote wächst, Steuern sind hoch wie nie, Menschen verlieren ihre Arbeit, die Jugend ihre Perspektiven, ihre Zukunft.

Das ist – kurz zusammengefasst und längst nicht vollständig – die Lage gegen Ende des Jahres 2025. Wir können nicht sagen, ob bei Erscheinen dieses Heftes noch alles so ist, wie es hier beschrieben wird. Denn die politische Lage ist derart volatil – die Koalition ist brüchig, es gibt Streit auf offener Bühne, mehrere Minister sind angezählt, der Kanzler wirkt orientierungslos – dass alles möglich scheint. Das einzige, das die Machthabenden noch zusammenhält, ist die Ausgrenzung der größten Opposition im Land: der AfD.

Sie fragen sich, wie das enden wird? Das frage ich mich auch. Aber alles, was wir tun können, ist stur bei dem zu bleiben, was richtig ist: Die notwendigen Reformen beantragen und einfordern, undemokratisches Verhalten benennen und aufklären, den Menschen Alternativen zu den Verrücktheiten aufzeigen und immer eine Hand auch denjenigen reichen, die spät zur Vernunft kommen. Und all das mit Maß und Mitte, mit Verstand und Weitblick.

Ihr

Dr. Malte Kaufmann
Mitglied des Bundestages

Obmann der AfD-Bundestagsfraktion im Ausschuss
für Wirtschaft und Energie

IN DIESER AUSGABE

Stammtische und Bürgerdialoge	Seite 3
Willkommen in Berlin: Die BPA-Fahrt im November	Seite 4
Das Geschäft der AfD: Deutsche Interessen in der Wirtschaftspolitik	Seite 5
Der Kulturkampf im Europarat	Seite 7

Windindustrie: Zwischen grüner Ideologie und realer Naturzerstörung	Seite 8
Balkonkraftwerke treiben Städte in den Ruin	Seite 10
Autos als Luxusgut für wenige	Seite 11
Notwehr? Die frei erfundene Ente der Rhein-Neckar-Zeitung	Seite 12
Soli Deo Gloria – 10 Jahre Christen in der AfD	Seite 14

IM KREISVERBAND IM WAHLKREIS UND DARÜBER HINAUS: STAMMTISCHE UND BÜRGERDIALOGE



Bürgerdialog in Erbach Ringingen am Tag der Deutschen Einheit.

Zahlreiche Veranstaltungen – Stammtische und Bürgerdialoge – fanden wieder statt in den letzten Wochen und Monaten, von denen einige hier erwähnt werden sollen, wie etwa der große Bürgerdialog am Tag der Deutschen Einheit mit Dr. Malte Kaufmann und seinen Bundestagskollegen Hans-Jürgen Goßner und Marc Bernhard in Erbach-Ringingen. Kaufmann ging in seiner Rede auf die Bedeutung von Einigkeit und Recht und Freiheit ein, die die AfD mit Nachdruck in Deutschland verteidigt und wiederherzustellen bereit ist. Viele Fragen der Bürger, die Ausdruck großer Sorge um Deutschlands Zukunft sind, wurden im Anschluss an die Reden gestellt.

Auch verschiedene Stammtische sind erwähnenswert, denn sie werden stets liebevoll geplant und organisiert von Kreisverbänden der Region. Etwa am 28. Oktober im hessischen Bensheim. „Wie die AfD Deutschland wieder zur wirtschaftlichen Blüte führt“, lautete das Motto des Abends mit Kaufmann und seinem Bundestagskollegen Thomas Fetsch. Viele neue Interessenten informierten sich aus erster Hand. Der Raum war so voll, dass einige nur stehen konnten. Der örtliche Gebietsverband nahm einige Aufnahmeanträge entgegen.

In Heidelberg war am 27. Oktober Joachim Paul zu Gast auf einem Stammtisch für Mitglieder und Interessierte, der ein voller Erfolg war. Paul berichtete von seiner „gestohlenen Wahl“ als Oberbürgermeisterkandidat in Ludwigshafen und über den

vollen Rückhalt der Ludwigshafener, die ihm nach der Wahl hunderte ermutigende E-Mails geschrieben hatten. Ein überaus interessanter Abend!

Auf Einladung des AfD-Kreisverbandes Ostalb sprach Kaufmann am 30. Oktober bei einem sehr gut besuchten Stammtisch in Aalen. Das diskussionsbeherrschende Schlagwort hier lautete „Stadtbild“. Die von Kanzler Merz angestoßene Debatte macht deutlich: Die aktuelle Regierung kann Deutschlands Sicherheitsprobleme nicht mehr unter den Teppich kehren.

Ein weiterer Höhepunkt war der gemeinsame Vortragsabend mit dem katholischen Publizisten Dr. David Berger und dem Vorsitzenden der Christen in der AfD, Joachim Kuhs, in Friedrichshafen am 5. November. Es wurde die Frage erörtert, welche Wertegesellschaft wir künftig sein wollen – christlich oder islamisch geprägt – und welche Rolle die Politik dabei spielt. Es war eine beeindruckende Veranstaltung im Graf-Zeppelein-Haus. Die vielen engagierten Teilnehmern vor Ort und im Livestream waren für Veranstalter und Redner gleichermaßen inspirierend und bewegend.



Joachim Kuhs, Malte Kaufmann, David Berger und der Vorsitzende des veranstaltenden Kreisverbands Bodenseekreis, Detlev Gallandt in Friedrichshafen am 5. November.

In Vorbereitung auf den Landtagswahlkampf im kommenden Jahr fand am 14. November ein Bürgerdialog mit Landtagskandidat Patrick Bauer in Epfenbach statt. Mitglieder und Gäste des ausrichtenden Gemeindeverbands Kraichgau-Neckar freuen sich auf die kommenden Monate bis zur Wahl am 8. März!



WILLKOMMEN IN BERLIN: DIE BPA- FAHRT IM NOVEMBER



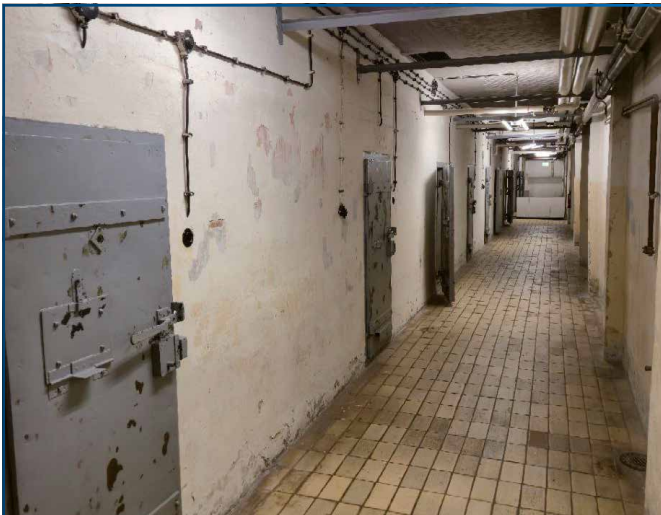
Vom 9. bis zum 11. November 2025 nutzten wieder viele Bürger vor allem aus dem Wahlkreis von Dr. Malte Kaufmann die Gelegenheit, an einer Informations- und Bildungsfahrt des Bundespresseamtes nach Berlin teilzunehmen. Diese vom Bundestag organisierten und finanzierten Reise finden mehrmals im Jahr statt und sind für alle interessierten Bürger offen. Ein Reisebegleiter aus dem Team von Malte Kaufmann begleitet die Gruppe während der gesamten drei Tage.

Auf dem Programm standen dieses Mal wieder viele Stationen des politischen Berlins. Unter anderem besuchte die Gruppe die Gedenkstätte Berlin Hohenschönhausen – das gefürchte-

te Stasi-Gefängnis. Bei einer Führung durch die Anlage und der Besichtigung der 4,5 qm kleinen Gefängniszellen zeigten sich viele Teilnehmer tief beeindruckt. Außerdem führte die Tour die Gruppe zum Reichstag inkl. einer Besichtigung des Plenarsaals und eines Vortrags über die Arbeit des Parlaments. Ein Zusammentreffen mit dem Gastgeber und Abgeordneten, Malte Kaufmann, und ein Besuch der imposanten Reichstagskuppel rundeten den Samstag ab.

Sonntags dann folgte eine an politischen Gesichtspunkten orientierte Stadtrundfahrt und ein Besuch der Landesvertretung von Baden-Württemberg – selbstverständlich immer mit genügend Zeit, um die leider recht aufwendigen Sicherheits-Checks zu durchlaufen, aber auch um Fragen zu stellen und mit Verantwortlichen ins Gespräch zu kommen.

Eine überaus gute Stimmung zeichnete die Fahrt auch dieses Mal wieder aus. Der Busfahrer, ein ca. 75-jähriger Alt-Rocker mit 30-jähriger Berufserfahrung als Taxifahrer in Berlin, wusste die Reisegruppe mit so mancher Anekdote zu unterhalten. Benjamin Pusch aus dem Team von Malte Kaufmann war außerdem ein stets gut gelaunter und für alle jederzeit ansprechbarer Reisebegleiter. Sein Fazit nach dem Wochenende: „Drei Tage, null Pannen, 100 Prozent zufriedene Teilnehmer – so stelle ich mir eine gelungene Reise vor. Vom Reichstag über zahlreiche politische Stationen bis zum Bundesrat – alles hat gepasst. Eine solche Reise sollte jeder politisch Interessierte einmal mitgemacht haben.“



Bedrückende Stimmung im Stasi-Knast Hohenschönhausen.

DAS GESCHÄFT DER AfD: DEUTSCHE INTERESSEN IN DER WIRTSCHAFTSPOLITIK



Ab 13. November beschäftigt sich der Deutsche Bundestag mit sehr wichtigen Fragen zur internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit, zu Freihandel und Schutz unserer Märkte sowie Versorgungssicherheit in Zeiten großer Unsicherheiten und Machtverschiebungen. Dr. Malte Kaufmann beteiligte sich daran mit drei Redebeiträgen, die sich thematisch vom Rohstoff- und Industriesektor über die China-Beziehungen bis hin zum freien Handel mit Drittstaaten spannten. Gemeinsam zielen diese Beiträge darauf ab, Deutschland wirtschaftlich unabhängiger zu machen – ein Leitmotiv, das sich durch die Arbeit des Wirtschaftsexperten zieht.

Rohstoffabhängigkeit und industrielle Schwäche

Ohne Rohstoffe kann niemand Industrie betreiben – und ohne Industrie kann kein Wohlstand entstehen. Kaufmann machte darauf aufmerksam, dass Deutschland bei seltenen Erden und kritischen Materialien wie Lithium oder Silizium noch immer mit ca. 65 Prozent der Lieferungen von China abhängig ist – eine strategische Verwundbarkeit, die nicht länger ignoriert werden darf. Natürlich ist diese Abhängigkeit nicht per se die Folge der Globalisierung, sondern Resultat politischer Kurz-

sichtigkeit von Verantwortlichen der letzten Jahrzehnte – vor allem der falschen Wirtschaftspolitik von Habeck und der Ampel. Daher stellte Kaufmann zusammen mit Kollegen aus dem Ausschuss für Wirtschaft und Energie den Antrag zu „Marktbasierter Resilienz“. Er plädiert für vier Maßnahmen: steuerliche Anreize für Unternehmen, dezentrale Rohstofflager, eine Importreduzierung durch verlässliche Rohstofflieferanten und die Förderung heimischer Exploration. Letztlich fordert er, Wirtschaftssouveränität als Teil einer nationalen Sicherheitsstrategie zu begreifen.

Die vollständige Rede finden Sie hier:



Auch eine Pressemitteilung zu dem Thema ist erschienen, die von alternativen Medien, welche die Brisanz der Thematik verstanden haben, aufgegriffen wurde. Beispielsweise berichtete der Deutschlandkurier auf seiner Internetseite darüber.

Hier finden Sie die Pressemitteilung, herausgegeben von der Bundestagsfraktion:





Wirtschaftsbeziehungen mit China und Reziprozitätsprinzip

Im zweiten Redebeitrag an diesem Tag ging es um die wirtschaftliche Beziehung zu China. Kaufmann wies darauf hin, dass China inzwischen Deutschlands größten Handelspartner ist (163,4 Mrd. Euro Warenaustausch allein von Januar bis August 2025). Allerdings liegt darin auch ein Risiko: Schlüsseltechnologien und strategisch relevante Unternehmen könnten in die Hände chinesischer Unternehmen gelangen und deutsche Interessen damit gefährdet werden. Deshalb fordert er eine Kommission zur Überprüfung sicherheitsrelevanter Wirtschaftsbeziehungen mit China – mit wichtigen Aufgaben wie der Analyse von Wertschöpfungsketten, der Überprüfung chinesischer Investitionen in Deutschland sowie Vorschlägen zur Reduktion problematischer Abhängigkeiten. Wichtig dabei ist, dass Kooperationen mit China möglich bleiben – aber nur auf reziproker Basis: Deutschland muss Zugang zu Technologien, Märkten und Investitionen im gleichen Maße erhalten wie China umgekehrt in Deutschland. Ohne einen Gleichklang in dieser Frage könnte es sonst zur Benachteiligung deutscher Unternehmen kommen.



Zur Rede gelangen Sie hier:

Freihandelsabkommen mit Vietnam, Singapur, Chile

Im weiteren Verlauf des Sitzungstages sprach Kaufmann in einer Rede über Deutschlands Partnerländer Vietnam, Singapur



Dr. Malte Kaufmann mit S.E. Lee Chong Hock, dem Botschafter von Singapur in Deutschland.

und Chile und betonte die Bedeutung freier Handelsabkommen als Grundlage für Wohlstand.

Am Tag zuvor hatte er sich als Vorsitzender der Parlamentariergruppe ASEAN mit dem Botschafter der Republik Singapur zu Gesprächen über die künftige Zusammenarbeit der beiden Länder getroffen.

Im Redebeitrag wies Kaufmann dann darauf hin, dass durch gesunkene Zölle und günstigere Vorprodukte Verbraucher und Unternehmen profitieren können – was sich in höheren Investitionen, besserer Produktivität und besseren Löhnen auswirkt. Gleichzeitig trägt Freihandel selbstverständlich auch zur Souveränität bei: Länder wie Deutschland benötigen diversifizierte Märkte, um sich nicht einseitigen Abhängigkeiten auszusetzen – etwa von China oder geopolitischen Lieferketten. Kaufmann warnt vor übermäßiger Politisierung von Handelsabkommen (z.B. durch Umwelt- oder Sicherheitsklauseln) und plädiert stattdessen für Offenheit, Wettbewerb und gegenseitigen Nutzen.



Hören Sie hier den Beitrag:

Die politische Kurzsichtigkeit der Regierungen der letzten Jahrzehnte hat Deutschland wirtschaftlich in eine schwierige Lage gebracht, wodurch die Gefahr der Übernahme durch ausländische Investoren steigt. Risiken zu analysieren und daraus die richtigen Schlüsse für die Zukunft zu ziehen, wäre ökonomische Vernunft. Dazu wäre es notwendig, dass die Bundesregierung wekommt von reiner Appell-Politik und stattdessen Lösungen auf den Tisch legt, die Deutschland attraktiv machen als Wirtschaftsstandort und Handelspartner. Niedrige Zölle, Voraussetzungen für Verträge auf Augenhöhe, günstige Rahmenbedingungen bei Energie, Steuern und Bürokratie und der Verzicht auf marktverfälschende Subventionen wären gute Ansätze für Gespräche und Verhandlungen.

Die AfD-Fraktion legt mit diesen Beiträgen ein Bekenntnis zur Wiederherstellung industrieller Stärke und wirtschaftlicher Souveränität Deutschlands ab. In diesem Zusammenhang ist Freihandel ein Instrument zur Diversifizierung und Stärkung. Ein lohnender Ansatzpunkt für eine öffentliche Debatte über Deutschlands wirtschaftliche Zukunft.

DER KULTURKAMPF IM EUROPARAT

In der aktuellen Legislatur koordiniert Dr. Malte Kaufmann die achtköpfige AfD-Delegation in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und ist außerdem Mitglied im Vorstand der konservativen und patriotischen Fraktion ECPA, der unter anderem auch die ungarische Fidesz, die österreichische FPÖ und die PVV aus den Niederlanden angehören.

Auf der Sitzung Anfang Oktober nutzte Malte Kaufmann die Gelegenheit, um vor der Versammlung auf zwei Entwicklungen in Deutschland hinzuweisen, die als alarmierend in Bezug auf die Demokratie angesehen werden können: Die Einschränkung des passiven Wahlrechts, wie bei der Oberbürgermeisterwahl in Ludwigshafen in diesem Jahr, sowie die zunehmende Gewalt der Linksextremen gegen die Opposition in Deutschland. Ziel der Resolutionen ist, im europäischen Ausland Aufmerksamkeit für diese unguten Entwicklungen in Deutschland zu schaffen und die europäischen Grünen und Linken dazu zu bewegen, zu diesen wichtigen Punkten Stellung zu beziehen.

In der Vergangenheit hatten in der Europäischen Versammlung linke und grüne Themen stets die Oberhand – ganz gleich, ob es um Fragen zum Klima, zu Gender, zum Ukraine-Krieg oder zu Migration/Asyl ging, die europäische Linke ist gut vernetzt und war daher stets imstande, die Themen zu setzen und die Mehrheiten zu organisieren – sowohl bei der Bestimmung der Tagesordnungen als auch bei den Abstimmungen in den

Sitzungen. Aber auch hier ist der Kulturkampf angekommen und mit dem Stärkerwerden der konservativen Fraktion – inzwischen sind es 117 Abgeordnete – gelingt es immer öfter, konservative Themen auf die Tagesordnung zu setzen und entsprechend abzustimmen, bzw. die wildesten linken Träume zu blockieren.

Dr. Malte Kaufmann legte zu den oben genannten Themen zwei Resolutionen vor, die die notwendigen Unterschriften erhielten, um auf einer der nächsten Sitzungen beraten werden zu können.

Die Resolution „zur Wahrung des passiven Wahlrechts in der Bundesrepublik Deutschland“ beschreibt die Besorgnis über den Wahlausschluss des AfD-Kandidaten in Ludwigshafen als Verstoß gegen die im Grundgesetz garantierten Grundsätze freier und gleicher Wahlen. Der Ausschluss aus politischen Gründen ist verfassungswidrig und völkerrechtswidrig, da er gegen Artikel 25 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte verstößt. Die Bundesregierung wird aufgefordert, das passive Wahlrecht entschieden zu schützen und jeder Einschränkung entgegenzutreten.



Lesen Sie dazu die Pressemitteilung:

In der zweiten Resolution „Antifa als terroristische Organisation einstufen und die Nutzung ihrer Kennzeichen und Symbole in den Mitgliedstaaten verbieten“ wird die Parlamentarische Versammlung des Europarats aufgefordert, politische Gewalt zu verurteilen. Wenn die Resolution von der Versammlung verabschiedet wird, sind die Mitgliedsstaaten aufgefordert, die „Antifa“ als terroristische Organisation einzustufen und deren Symbole zu verbieten, jegliche staatliche oder private Finanzierung solcher Gruppen zu unterbinden, politische Konflikte ausschließlich friedlich und demokratisch zu lösen, einer Radikalisierung und politisch motivierter Gewalt entschieden entgegenzutreten sowie den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und Demokratie sowie Rechtsstaat zu schützen.



Den Redebeitrag von Dr. Malte Kaufmann in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates finden Sie hier:



Gewalt wie Einschüchterungen und Anschläge von Linksextremen gegen die Opposition hat inzwischen ein besorgniserregendes Ausmaß angenommen.



WINDINDUSTRIE: ZWISCHEN GRÜNER IDEOLOGIE UND REALER NATURZERSTÖRUNG

Es ist schon verrückt: Auf der Weltklimakonferenz in Brasilien an Anfang November verteilte Bundeskanzler Friedrich Merz deutsches Steuergeld zum Schutz des Regenwalds – während unsere eigenen Wälder für Windkraftanlagen geopfert werden. Diese ideologische Doppelmoral ist atemberaubend: Statt den Wirtschaftsstandort Deutschland zu schützen, finanziert die Bundesregierung grüne Prestigeprojekte im Ausland – und lässt zuhause Natur, Bürger und Industrie im Stich.

Für die Regionalplanung von Vorranggebieten für Windindustrieanlagen im Rhein-Neckar-Gebiet ist die Verbandsversammlung der Metropolregion Rhein-Neckar (VRRN) zuständig – ein ausführliches Portrait der AfD-Fraktion im VRRN finden Sie im WEITBLICK, Ausgabe 20.

Für politisch Interessierte ist es keine Überraschung, dass die AfD-Fraktion den Ausbau von Windindustrie in der Metropolregion Rhein-Neckar generell ablehnt. Windenergie stellt entgegen der Aussagen von Aktivisten und Profiteuren keine sichere Energieversorgung dar – auch nicht in Kombination mit Photovoltaik – da sie volatil und nicht grundlastfähig ist.

Windenergie zerstört außerdem unsere Landschaft und hat erhebliche negative Auswirkungen auf die Pflanzen- und Tierwelt. Zusätzlich stellt der bestehende und weitere Ausbau der Windenergie unter den derzeitigen Rahmenbedingungen eine nicht hinnehmbare ökonomische und volkswirtschaftliche Schädigung des Wirtschaftsstandortes Deutschland und somit auch der Metropolregion Rhein-Neckar dar. Das wirtschaftliche Herz der Region, die BASF in Ludwigshafen, aber auch viele weitere Unternehmen in der Metropolregion, bauen Stellen ab oder verlagern Kapazitäten ins Ausland. Unsichere und teure Energie wird als einer der Gründe dafür angegeben.

Im Saarland setzt Wirtschaftsminister Barke daher längst auf französischen Atomstrom, da die Erneuerbaren keine verlässliche Energieversorgung für die saarländische Stahlindustrie ermöglichen.

Trotzdem beauftragen die Länder den VRRN mit der Teilregionalplanung Windenergie: Am 05. September 2025 fand die Sitzung des Planungsausschusses statt, in der unter anderem

die Fortschreibung des Teilregionalplans Windenergie zum einheitlichen Regionalplan Rhein-Neckar behandelt wurde.

Anwesend waren auch eine Reihe von Bürgern und Vertreter von Bürgerinitiativen, die unter anderem ihre Sorge über den drohenden Wertverlust ihrer Immobilien zum Ausdruck brachten. Die Lebensqualität sinkt durch Windparks in Wohnortnähe, was sich selbstverständlich auch auf den Wert der Häuser auswirkt. Gerd Unterforsthuber aus dem Landkreis Germersheim in Rheinland-Pfalz, Mitglied der AfD-Fraktion in der VRRN, erhielt für seinen Redebeitrag im Planungsausschuss sogar Applaus von den anwesenden Windkraftgegnern. Zu der ersten Offenlage gingen über 2.000 Stellungnahmen von Vertretern öffentlicher Belange, Bürgern, Vereinen und Bürgerinitiativen ein.

Auch aus Sicht der AfD-Fraktion weist der Teilregionalplan Windenergie erhebliche Mängel auf:

Der größte Mangel an der Planung besteht darin, dass sie keinerlei energetische Bewertung enthält, also keine Energie- und Leistungsanalyse, welchen Beitrag die Windenergie für die Metropolregion Rhein-Neckar überhaupt leisten kann. Es scheint, als wären WKAs eine Art Selbstzweck.



Windindustrie ist ein lukratives Geschäft für Betreiber, aber als Energiequelle für einen Industriestandort zu teuer und unsicher, also nicht geeignet.

Darüber hinaus sind die derzeitigen Ausschlusskriterien in der Planung unzureichend, hier geht es vor allem um die Abstände zu Wohngebieten und Infrastruktur. DIN EN 50341-2-4 regelt den Mindestabstand der WKAs zu Hochspannungsleitungen. BauGb § 249 Abs. 10 definiert den Abstand zu Wohngebäuden. Anlagen der neusten Generation mit 7 Megawatt Leistung sind höher als 250 Meter und haben eine Rotorblattlänge von mehr als 85 Meter. Diese Dimensionen sind nicht berücksichtigt: Der Abstand zu Hochspannungsleitungen wird pauschal mit 100 Metern festgelegt, die derzeitigen Ausschlusskriterien in der Planung sehen sogar nur einen Mindestabstand zu Landstraßen von 20 Meter vor. Der Landesbetrieb Mobilität in Rheinland-Pfalz fordert hingegen die Kipplänge plus den halben Fundamentdurchmesser, also mehr als 250 Meter Abstand.

Aber die Liste der Mängel ist noch länger: Tiefen-Geothermie und Windkraft schließen sich wegen der Beeinflussung von seismischen Messungen aus. Da fast die gesamte Rheinebene in der Metropolregion als Geothermie-Suchgebiet ausgewiesen ist, kollidiert der Ausbau von WKAs mit der Geothermie wegen seismischer Beeinflussung.

Darüber hinaus stören Windkraftanlagen die Wetterradare z. B. des Deutschen Wetterdienstes und verfälschen die Daten je nach Höhe der Anlagen noch in einer Entfernung von bis zu 20 Kilometern!

Die AfD-Fraktion schafft dafür eine Öffentlichkeit. Daher sind auch Bürgerinitiativen immer hochwillkommen bei den Sitzungen der Verbandsversammlung.

Dabei wendet sich die AfD-Fraktion entschieden gegen die sogenannte Superprivilegierung nach dem Wind-an-Land-Gesetz. Der Windkraft wird in diesem Gesetz ein „überragendes öffentliches Interesse“ zugestanden. Sie ist sozusagen ein grüner Blankoscheck für Windbarone, gibt dem Ausbau einen Vorrang vor allen anderen Belangen wie Natur- und Artenschutz, Denkmalschutz oder Anwohnerinteressen und erfolgt unter stark vereinfachten Genehmigungsverfahren. Kurzum: Undemokratisch, zerstörerisch sowie wirtschafts- und wettbewerbsfeindlich.

Bürgerentscheide in Baden-Württemberg

Zwei Bürgerentscheide am gleichen Tag verdeutlichen auch die Spaltung der Bürger in dieser Frage: In Dossenheim und Schriesheim scheiterte der Versuch knapp, die Planungen für WKAs im Vorranggebiet Weißer Stein und Hoher Nistler zu stoppen – die Verantwortlichen gehen nun in Gespräche mit den möglichen Betreibern. Die Mitglieder der Bürgerinitiative Gegenwind e.V. wollten den Schutz des Waldes als Naherholungsgebiet und als Heimat vieler Vogel- und Insektenarten, doch grüne Ideologen setzten sich durch – auch mithilfe unlauterer Mittel wie dem Verteufeln der Naturschützer als „rechtsradikal“.

In Königsbach-Stein im Enzkreis jedoch siegte der Widerstand: Hier muss die Planung für fünf WKAs nun gestoppt werden, da die Bürger Windkraft in ihrem Ort entschieden ablehnen.

Ein Teilerfolg: Lammerskopf gestrichen

Am 7.11. wurden vom Regionalverband Unterlagen für die Sitzung des Planungsausschusses am 21.11. veröffentlicht. Sie beinhalten die Auswertung aller Stellungnahmen (Synopse), die bis dato eingegangen waren. Darin ist das geplante Vorranggebiet Lammerskopf mit zehn bis zwölf geplanten WEAs vollständig gestrichen – genau wie das Umwelt- und Prognose-Institut Heidelberg bereits vor zwei Jahren vorausgesagt. Begründet wird dies unter anderem damit, dass die historische Kulisse des Bergkammes mit dem Heidelberger Schloss nicht zerstört werden soll, aber auch Naturschutz-Themen führte die Verwaltung als Begründung an. Das Vorranggebiet Lammerskopf wird deshalb nicht weiter verfolgt.

Leider wurde das Vorranggebiet Weißer Stein/Hoher Nistler nur im Westen leicht verkleinert. Hier sollten zwei von vier WEAs gebaut werden. Die favorisierte Firma könnte nun im Westen des Gebiets zwei bis drei WEAs errichten – zusätzlich zu den vier auf Schriesheimer/Dossensheimer Gemarkung und fünf bis sechs weiteren auf Heidelberger Gemarkung. Die Zerstörung des Odenwalds soll leider weitergehen – nur etwas langsamer. Die AfD-Fraktion im VRRN wird die Regionalplanung deshalb weiter kritisch hinterfragen und den Belangen der Bürger eine Stimme geben.



BALKONKRAFTWERKE TREIBEN DEUTSCHE STÄDTE IN DEN RUIN

Im August 2025 stellte eine Rentnerin eine Bürgeranfrage an Dr. Malte Kaufmann zur Förderung von Balkonkraftwerken. Gerade Rentner suchen wegen ihrer besteuerten Rente und hoher Heizungs- und Energiekosten oft Lösungen für eine günstigere Energieversorgung. Heidelberg hatte daher mit der „Rationellen Energieversorgung“ – auch „Klimageld“ genannt – ab 1. September 2022 eine solche Lösung für sogenannte „Balkonkraftwerke“ aufgelegt.

In seiner Antwort erläuterte Kaufmann die schwierige finanzielle Situation, in der sich zahlreiche Städte – insbesondere Heidelberg – wegen solcher Förderungen befinden.

Balkonmodule mit einer Wechselrichterleistung von bis zu 600 Watt wurden mit 50 Prozent der Kosten, bis zu 750 Euro gefördert. Heidelberg-Pass-Besitzer bekamen sie sogar fast umsonst mit einem kleinen Eigenanteil von 50 Euro. Allein im September 2022 wurden daher über 400 Anträge auf Förderung gestellt. Schon damals gab es ein beträchtliches Defizit im Heidelberger Haushalt, und so wurde die maximale Förderhöhe am 1. Februar 2024 gekürzt und von 750 Euro auf 400 Euro gesenkt. Heidelberg-Pass-Besitzer erhielten die Module jedoch nach wie vor fast umsonst.

Am 31. Dezember 2024 wurde das Programm dann gestoppt. Die Stadt Heidelberg hatte inzwischen ein Defizit von über 100 Millionen Euro. Seit 5. Oktober 2025 muss sie im beschlossenen Doppelhaushalt 2025/26 strenge Einsparmaßnahmen des Karlsruher Regierungspräsidiums erfüllen. Ursache für das Defizit sind unter anderem Förderprogramme für Balkonmodule und andere Nischenprogramme.

Das Bundesfinanzministerium kommt auf eine sogenannte Staatsquote von knapp unter 50 Prozent. Die Staatsquote gibt an, wie groß der Anteil der staatlichen Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt ist – also wie viel der Wirtschaftsleistung eines Landes für Aufgaben des Staates verwendet werden. Helmut Kohl warnte einst: „Ab 50 Prozent Staatsquote beginnt der Sozialismus.“ Insgesamt waren 2024 von den 83,51 Millionen Einwohnern Deutschlands lediglich rund 46 Millionen Menschen steuerpflichtig, von denen 5,4 Millionen mit steigendem Trend im öffentlichen Dienst beschäftigt sind.



Vor allem Rentner und Bezieher geringerer Einkommen suchen Lösungen für günstige Energie, aber die Förderung sogenannter Balkonkraftwerke trägt zur finanziellen Notlage der Kommunen bei.

Die meisten Förderprogramme haben daher keinen Sinn und treiben lediglich die Staatsquote nach oben. Stattdessen müssen alle Bürger durch eine Senkung der Steuern und Abgaben sowie des Mehrwertsteuersatzes entlastet werden. Gerade Rentner sollten nach jahrzehntelangen Rentenbeiträgen eine höhere Rente mit weniger Steuern genießen dürfen, zumal das Rentenniveau eines Durchschnittsverdieners im Hochsteuerland Deutschland mit 48 Prozent sehr niedrig ist im Vergleich zum EU-Durchschnitt von etwa 70,6 Prozent.

Letztlich muss mehr Netto vom Brutto in den Taschen der Bürger verbleiben, so dass sie sich eigenständig ihre Lebensträume verwirklichen können, statt zeitaufwendig Anträge einzureichen, damit sie lediglich einen Bruchteil des Geldes wiedererhalten, das sie zuvor als Steuern an den Staat entrichten mussten.

Es ist nichts gegen sinnvolle Förderprogramme einzuwenden, doch wir benötigen wieder mehr Eigenverantwortung des Einzelnen ohne staatliche Umverteilung. Die Haushaltsprobleme der Stadt Heidelberg legen Zeugnis dafür ab, dass die Umverteilungsmaßnahmen bereits die Steuerzahlungen überstiegen haben – eine Folge davon sind längere Intervalle und verkürzte Linienwege beim ÖPNV. Viele Bürger müssen daher unfreiwillig wieder Auto fahren, was all die Klimapakete letztlich ad Absurdum führt.

AUTOS ALS LUXUSGUT FÜR WENIGE – HEIDELBERGS KAMPF GEGEN DIE INDIVIDUELLE MOBILITÄT

Gastbeitrag von Timothy Bartsch

In der Bahnstadt hat die Stadt Heidelberg im Sommer eine besonders drastische Ausgrenzung von Autofahrern über Parkgebühren beschlossen. Mehrere Bürger haben uns und die anderen Fraktionen angeschrieben. Ein Anwohner merkte richtigerweise an, dass in der Bahnstadt nun 150 Euro pro Monat fällig werden, während man in anderen Stadtteilen 120 Euro pro Jahr für einen Anwohnerausweis zahlt.

Er bekam von einem SPD-Vertreter nur eine arrogante und pampige Antwort, weswegen er sich daraufhin an andere Volksvertreter wandte.

Ich habe ihm gerne inhaltlich wie folgt geantwortet:

„Diese Beschlüsse haben explizit das Ziel, den motorisierten Individualverkehr einzuschränken. Die Menschen sollen schlicht keine Autos mehr nutzen. Dies steht in Heidelberg auch deutlich in den Beschlussvorlagen des Gemeinderats.

Ein Beispiel ist der Beschluss 0294/2023/BV zur Erweiterung der Parkraumbewirtschaftung in der gesamten Stadt vom November 2023. Er hat u. a. die »Minderung der Belastung durch den motorisierten Verkehr« zum Ziel. Begründung: »Durch die Ausweitung und Weiterentwicklung der Parkraumbewirtschaftung werden (restriktive) verkehrslenkende Effekte erzielt, die eine Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs zur Folge haben sollten.«

Autos sollen also nicht nur in die Tiefgarage geschickt werden, sondern die Bewohner sollen ihr Auto abschaffen und Besucher nicht mehr mit dem Auto in die Stadt(teile) fahren.

Im gleichen Beschluss wurde auch die Erhöhung des Anwohnerparkausweises von ehemals jährlich 36 Euro auf 120 (!) Euro beschlossen. Die Vorlage sieht sogar eine schrittweise Erhöhung von 240 Euro für 2023 und 360 Euro für 2024 vor, wie auf Seite 2 und 4 im Stadtblatt vom 15.12.2021 aufgeführt. Die Forderung nach 120 Euro für Anwohnerparkausweise in der

Bahnstadt wird somit keinen Parkplatz garantieren, sondern lediglich das Recht, parken zu können, wenn man einen freien Platz findet. Dieser Ausweis kann sich sehr schnell im Preis drastisch erhöhen.

Auch Studenten-WGs, die sich ein Auto teilen, sollen kein Auto mehr fahren. Ohnehin ist das Teilen eines Autos bereits eine Komforteinschränkung.

In der von Ihnen verlinkten Reddit-Diskussion wird erwähnt, dass jede Wohnung mindestens einen Stellplatz zur Verfügung hätte. Die genauen Zahlen für die Bahnstadt liegen mir derzeit nicht vor. Aber generell gilt dies für Neubauten in Heidelberg bei weitem nicht mehr. Es gibt bei eigentlich jedem Neubau-projekt Anträge, den Stellplatzschlüssel zu senken.

Ein besonders krasses Beispiel ist das Mobilitätskonzept für die ehemalige US-Wohnsiedlung Patrick-Henry-Village. Ein Stadtteil direkt an der Autobahn. Also sehr interessant für Menschen, die nicht in Heidelberg arbeiten, sondern mit dem Auto z.B. nach Frankfurt pendeln wollen. Beschlussvorlage der Verwaltung: »Der Gemeinderat erteilt der Verwaltung den Arbeitsauftrag, das im Rahmen des Mobilitätskonzepts vom Gutachter errechnete „moderate“ Szenario mit einem durchschnittlichen Stellplatzbedarf von 0,47 umzusetzen, um das Ziel eines autoarmen Stadtteils in Patrick-Henry-Village, gemäß Dynamischer Masterplan, zu realisieren.«

Viele Bürger können ihr Leben ohne Automobil überhaupt nicht umsetzen. Diesen Menschen aus ideologischen Gründen ihr Auto wegzunehmen, halte ich für politisch, sozial und moralisch nicht tragbar.“



Timothy Bartsch

Stadtrat in Heidelberg
Fraktionsvorsitzender der AfD-
Fraktion im Gemeinderat
Heidelberg



NOTWEHR? DIE FREI ERFUNDENE ENTE DER RHEIN-NECKAR-ZEITUNG

Am 26.08.2025 skandalisierte die Rhein-Neckar-Zeitung in ihrer Schlagzeile: „Antifa-Aktivist handelte aus Notwehr gegen Polizei bei Demo gegen AfD. Es gab einen Freispruch für einen 29-Jährigen. Er protestierte gegen den AfD-Bundestagswahlkampf.“ Die unterschwellige Botschaft dieser drei Sätze lautet: Ein armer 29-jähriger Junge, der sich heldenhaft gegen die böse, rechtsradikale AfD einsetzt, wird von übergriffigen „Bullen“ in Ausübung seiner Pflicht als Kämpfer für „Unsere Demokratie“ gehindert und noch dazu angegriffen. Deswegen weiß sich der tapfere Antifa-Held nicht anders zu helfen, als sich in Notwehr gegen die illegal handelnde Staatsmacht zu wehren.

Dass der sogenannte Aktivist gegen den AfD-Bundestagswahlkampf protestiert habe, soll wohl bei den Lesern den Eindruck erwecken, dass dieser Held ohnehin nicht hätte verklagt werden dürfen. Marx sei Dank haben wir nun zwei neue Verfassungsrichterinnen, bei denen so etwas künftig sicherlich nicht mehr vorkommen wird!

Zurück zum Artikel der Rhein-Neckar-Zeitung: Hier wird ausgeführt, dass der Antifa-Aktivist „sich wegen gefährlicher Körperverletzung, tätlichem Angriff und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte vor dem Amtsgericht Heidelberg behaupten musste“. Ja, der Angeklagte musste sich „behaupten“, wurde jedoch in allen Anklagepunkten freigesprochen.

Erneut wird angeführt, dass der „Antifa-Aktivist“ Polizeibeamte verletzt sowie Widerstand gegen seine Festnahme geleistet habe, als er am 8. Februar 2025 „gegen einen Infostand, der in weiten Teilen rechtsextremen AfD“ demonstriert hatte. Die Wiederholung ist nötig, damit selbst der begriffsstutzige Bürger begreift, wie infam eine solche Festnahme ist, wenn man doch gegen die AfD protestiert, die – so die nächste unterschwellige Botschaft – offensichtlich massiven Widerstand erfordert, der automatisch immer zum Freispruch führen muss.

Systematische Diffamierung der AfD

Insgesamt wird die AfD in diesem Halbseiter sechs Mal in einem negativen Zusammenhang erwähnt, was bei einem so kurzen Artikel durchaus eine Leistung ist, die man der RNZ erst einmal gar nicht zugetraut hätte:

- „Demo gegen die AfD“
- „Gegen den AfD-Bundestagswahlkampf“
- „Infostand der in weiten Teilen rechtsextremen AfD“
- „Gegen einen Wahlkampfstand der AfD“
- „Infostände der AfD blockiert“
- „Abschiebetickets ... die die AfD ... verteilte“

Der letzte Punkt (Verteilung von Abschiebetickets) und die angebliche Notwehr wären eine schöne Ergänzung für die „Wundersamen Geschichten“ von Münchhausen. Denn weder hat die AfD Abschiebetickets am Infostand verteilt, noch wurde der staatlich abgesegnete Freiheitskämpfer wegen Notwehr freigesprochen. Notwehr bedingt, dass zuerst ein Angriff oder eine Körperverletzung erfolgt, gegen die man sich dann berechtigterweise aus Not zur Wehr setzen darf. Die RNZ schreibt dies zwar nicht direkt, lässt den Leser jedoch schon in der Schlagzeile „Antifa-Aktivist handelte aus Notwehr gegen Polizei“ glauben, dass die Polizei den Angeklagten körperlich angegangen haben muss.

„Notwehr“ ist frei erfunden

Wir sind der Sache nachgegangen: Nach Rückfrage bei der Staatsanwaltschaft offenbart sich ein gänzlich anderes, sogar gegenteiliges Bild. Der erste Staatsanwalt erläutert in seinem Antwortschreiben, dass der „ehemalige Angeklagte“ Teil einer Gruppe von ca. 25 Personen war und gegen den AfD-Stand demonstriert hatte, „um dessen Betrieb zu stören“. Dabei skandalierte der Antifa-Aktivist mit seinem mitgebrachten Megaphon lautstark Parolen. Trotz der Aufforderung der Polizisten, dies zu unterlassen, nutzte er sein Megaphon weiter, so dass die Beamten „vorübergehende Schmerzen in den Ohren erlitten“.

Unterschlagung wesentlicher Informationen durch die RNZ

Eine Körperverletzung, die eine Notwehr hätte auslösen können, war mithin nicht durch die Polizisten, sondern durch den Antifaschisten selbst erfolgt, da er sich geweigert hatte, die Nutzung des Megaphons einzustellen. Allerdings hat die Rhein-Neckar-Zeitung weder über die Nutzung und Weiternutzung des Megaphons noch über die Schmerzen in den Ohren der Polizisten berichtet. Sie hat damit die beiden wesentli-



Symbolbild: Der heldenhafte Einsatz der Antifa für „Unseredemokratie“ erfährt bei der Rhein-Neckar-Zeitung Zustimmung und „kreative“ Verbreitung.

chen Tatsachen unterschlagen, die für ein volles Verstehen des Vorgangs notwendig sind.

Der Staatsanwalt schreibt weiter: „Er (der Antifa-Aktivist) wurde im Anschluss durch Beamte ergriffen, wogegen er sich zu Wehr setzte (ohne hierbei die Beamten zu verletzen), indem er sich anspannte und den Arm wegzog, der fixiert werden sollte. Die Staatsanwaltschaft Heidelberg erhob deswegen die öffentliche Klage und legte dem ehemals Beschuldigten die Begehung einer gefährlichen Körperverletzung sowie Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte zur Last.“

Der von der RNZ gefeierte Freispruch erfolgte indes nicht auf Grund von Notwehr, sondern weil das Gericht sich nach Betrachtung der Videoaufnahmen nicht davon überzeugen konnte, dass die Verletzung (d. h. die Schmerzen) am Ohr wegen des Megaphons vorsätzlich oder fahrlässig erfolgt sind.

Auf gut deutsch: Man wusste schlicht nicht, ob dem ehemals angeklagten Mitglied der Antifa, die gemeinhin für ihre hohe Intelligenz bekannt ist, bewusst war, dass Menschen in der Nähe eines Megaphons, in das man Parolen schreit, Ohrschmerzen bekommen könnten. Da man der Intelligenzbestie weder Vorsatz noch Fahrlässigkeit nachweisen konnte, erfolgte der Freispruch aus Mangel an Beweisen.

Von der angeblichen Notwehr, die laut RNZ zu einem Freispruch geführt haben soll, bleibt mithin genausoviel übrig wie von der Einrichtung eines besetzten Hauses, das geräumt wurde: Nichts.

Klassische Täter-Opfer-Umkehr aus dem Werkzeugkasten der Antifa

Tatsächlich war der Antifa-Krieger zu keinem Zeitpunkt ein Opfer, das sich aus Not zur Wehr hätte setzen müssen, sondern die Polizisten, deren Gehör geschädigt wurde. Wir haben es also mit einem der Lieblingstricks der Linken zu tun: die klassische Täter-Opfer-Umkehr.

Das folgende, längere Zitat aus dem Antwortschreiben des ersten Staatsanwalts offenbart das ganze Ausmaß der Unterstellungen und Tatsachenverdrehung der „Notwehr-Zeitungsente“ (Hervorhebungen in fett sind von uns):

„Hierzu möchte ich zunächst darauf hinweisen, dass die **Presseberichterstattung** nach Rücksprache mit unserem Sitzungsvertreter sowie mit der erkennenden Richterin **unrichtig** ist. Es ist zwar tatsächlich ein Freispruch erfolgt, dieser erfolgte indes tatsächlich **nicht, weil sich der Angeklagte auf das Notwehrrecht berufen konnte**. Vielmehr konnte sich das Gericht nicht davon überzeugen, dass die Verletzung (Schmerzen am Ohr wegen der Verwendung eines Megaphons) vorsätzlich oder fahrlässig erfolgt sind, da dem Angeklagten nicht nachzuweisen war, dass er mit Verletzungen rechnete oder diese vorhersehen konnte. Außerdem gab es Unstimmigkeiten, was die anschließende Kontrolle durch die Polizei anbelangte. **Der Sachverhalt stellt sich also deutlich anderes als in der Rhein-Neckar-Zeitung berichtet dar. Für die Staatsanwaltschaft erschließt sich insbesondere nicht, wie das Wort »Notwehr« Eingang in die Berichterstattung gefunden hat.**“



SOLI DEO GLORIA – 10 JAHRE CHRISTEN IN DER AfD

Gastbeitrag von Joachim Kuhs



Joachim Kuhs ist Vorsitzender der Bundesvereinigung Christen in der AfD.

Die Christen in der AfD (ChrAfD) haben sich am 10. Oktober 2015 – also vor gut zehn Jahren – gegründet. Bereits seit Sommer 2013 hatten sich eine Handvoll Christen verschiedener Konfessionen in Baden-Baden und Ende 2013 ein gutes Dutzend in Pforzheim zusammengefunden und die Vorläufer der ChrAfD, den „AK Christen“ und den „Pforzheimer Kreis“ ins Leben gerufen.



Zum 10-jährigen Jubiläum der Bundesvereinigung ChrAfD haben wir nun eine Festschrift unter dem biblischen Dreiklang „Glauben – Liebe – Hoffnung“ herausgebracht. In ihr findet sich, unter vielen anderen wertvollen Beiträgen, eine Geschichte der ChrAfD, detailliert und mit allen Höhen und Tiefen beschrieben. Diese Festschrift

kann für 18,00 € beim GHV-Verlag unter der ISBN Nr. 978-3-87336-876-7 bestellt werden.

In der Festschrift habe ich aus dem Vorwort zum bereits 2017 im GHV-Verlag erschienenen sog. „Christenbüchlein“ „Warum Christen AfD wählen?“ zitiert. Diesen Beitrag möchte ich

auch Ihnen, liebe Leser, zur Lektüre empfehlen. Er gibt – in der Kürze des verfügbaren Raumes – einen kleinen Einblick, wie die Christen in der AfD „ticken“.

Warum brauchen wir die „Christen in der AfD“?

Immer wieder hören wir, die AfD habe doch nur ein Thema: Die Flüchtlingskrise; und in ihrer Ablehnung der Flüchtlinge zeige sie eine unchristliche Haltung. Dieser pauschalen und unreflektierten Verurteilung treten wir entschieden entgegen. Denn die AfD bekennt sich in allen ihren Programmen zu den christlichen Werten unserer abendländischen Kultur.

Wir betonen, die aus der Gottesebenbildlichkeit herrührende unveräußerliche Würde jedes Menschen von seiner Zeugung bis an sein von Gott bestimmtes Lebensende. Wir bekennen uns zur Meinungsfreiheit und zur Gleichberechtigung von Mann und Frau und wir halten an der staatlichen Verpflichtung fest, Ehe von Mann und Frau sowie Familie besonders zu schützen und zu fördern.

In der AfD wirken viele, sehr engagierte Christen aus vielen Kirchen und Gemeinschaften aktiv mit. Sie erkennen ihre Verpflichtung, in einer turbulenten Zeit, „Salz der Erde“ und „Licht der Welt“ zu sein. Dabei vermischen sie nicht die himmlische Berufung und den missionarischen Auftrag jedes Christen mit der Arbeit in einer politischen Partei. Sie geben „dem Kaiser, was des Kaisers, und Gott, was Gottes ist“. Sie unterwerfen sich nach Römer 13 den „obrigkeitlichen Gewalten“, da sie wissen, dass die Obrigkeit „von Gott eingesetzt ist“. Als „Knechte Gottes ... erweisen sie allen Menschen Ehre, ... fürchten Gott und ehren den König!“ (1 Petrus 2,17).

Die AfD achtet die historisch gewachsenen Strukturen von Kirche und Staat. Sie kann nicht erkennen, dass die Aufgabe der Kirche in der politischen Betätigung liegt. Sie fordert daher die Kirchen auf, sich nach ihren Bekenntnisschriften, allein der Verkündigung des Wortes Gottes, der Seelsorge und der Diakonie zu widmen, und die Politik dem Staat und seinen dafür verantwortlichen Körperschaften und Einrichtungen zu überlassen. Wir verweisen dabei auf die 5. These der „Barmer theologischen Erklärung“ vom 31. Mai 1934: „Die Schrift sagt uns,

dass der Staat nach göttlicher Anordnung die Aufgabe hat, in der noch nicht erlösten Welt, in der auch die Kirche steht, nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen. Die Kirche erkennt in Dank und Ehrfurcht gegen Gott die Wohltat dieser seiner Anordnung an. Sie erinnert an Gottes Reich, an Gottes Gebot und Gerechtigkeit und damit an die Verantwortung der Regierenden und Regierten. Sie vertraut und gehorcht der Kraft des Wortes, durch das Gott alle Dinge trägt.

Wir verwerfen die falsche Lehre, als solle und könne der Staat über seinen besonderen Auftrag hinaus die einzige und totale Ordnung menschlichen Lebens werden und also auch die Bestimmung der Kirche erfüllen. Wir verwerfen die falsche Lehre, als solle und könne sich die Kirche über ihren besonderen Auftrag hinaus staatliche Art, staatliche Aufgaben und staatliche Würde aneignen und damit selbst zu einem Organ des Staates werden.“

Folgerichtig befürwortet die AfD eine stärkere Trennung von Staat und Kirche. Ihr deshalb Kirchenfeindlichkeit vorzuwerfen, halten wir für nicht gerechtfertigt. Die AfD bekennt sich zur historischen Verpflichtung der Deutschen gegenüber dem Volk der Juden, und daher auch zum Existenzrecht Israels. Die AfD fordert die weltweite Ächtung der überwiegend in islamischen Ländern zunehmenden Christenverfolgung. Sie wendet sich auch entschieden gegen die Genderisierung und Gleichmacherei der Geschlechter in fast allen Lebensbereichen usw. Diese programmatische Positionierung der AfD haben wir „Christen in der AfD“ maßgeblich mitgestaltet. Daher gilt: Ja, die AfD vertritt christliche Positionen, und ja, Christen können, ja sollten AfD wählen, auch wenn viele Kirchenvertreter ständig und mit wachsender Vehemenz das Gegenteil behaupten. Soli Deo Gloria.

Wenn Sie Interesse an der ChrAfD haben: Besuchen Sie uns im Internet (chrafd.de), und werden Sie Mitglied!



„Ehre sei Gott in der Höhe und Frieden auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen.“

Lukas 2,14

Ich wünsche Ihnen besinnliche Feiertage und ein gesegnetes neues Jahr!



Dr. Malte Kaufmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

FIT FÜR DEN WINTER?

Haben Sie die Winterreifen schon montiert, Enteis-Spray gekauft, frostsicheres Scheibenwasser aufgefüllt? Dann fehlt nur noch dieser schöne Eiskratzer für Ihr Fahrzeug!

Schreiben Sie eine E-Mail an
✉ malte.kaufmann@bundestag.de

Wir verlosen unter allen, die sich bis Weihnachten bei uns melden, fünf Stück!



Besuchen Sie auch meine Homepage:
🌐 malte-kaufmann.de

Und abonnieren Sie meinen Telegram-Kanal:
📶 [maltekaufmann](https://t.me/maltekaufmann)

Impressum

WEITBLICK – Magazin von Dr. Malte Kaufmann • Informationen aus dem Bundestag und aus dem Wahlkreis 274 Heidelberg • Heft 22 Quartal 04/2025 | Herausgeber und verantwortlich im Sinne des Presserechts: Dr. Malte Kaufmann MdB • Fraktion der AfD im Deutschen Bundestag • Landesgruppe Baden-Württemberg • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin | Auflage: 700 Stück | Bildnachweise: Seite 1 (Titel): golero / iStock; Seite 7: breakermaximus / iStock; Seite 8: Animaflora / iStock; Seite 10: MarioGuti / iStock; Seite 13: Jimmy Desplanques / unsplash; Seite 15: tilialucida / AdobeStock; Seite 16: eddy / unsplash; Restliche Bilder: privat

🌐 malte-kaufmann.de [kaufmannmalte](https://www.facebook.com/kaufmannmalte) [maltekaufmann](https://www.youtube.com/maltekaufmann) [malte.kaufmann](https://www.tiktok.com/malte.kaufmann)



**Alternative
für
Deutschland**

FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG